

# Inhalt

<b>Vorwort des Herausgebers</b> . . . . .	V
<b>Vorwort der Autorin</b> . . . . .	VII
<b>Einleitung</b> . . . . .	1
A. <i>Gegenstand der Untersuchung</i> . . . . .	1
B. <i>Ziel, Methodik und Grenzen der Untersuchung</i> . . . . .	3
C. <i>Gang der Untersuchung</i> . . . . .	4
<b>Kapitel 1 Theoretische und normative Grundlagen</b> . . . . .	5
A. <i>Der Wettbewerb – Das undefinierbare Herz des Kartellrechts</i> . . . . .	5
I. Begriff des Wettbewerbs . . . . .	5
1. Historischer Rückblick: Von der Antike bis zur Neuzeit . . . . .	5
2. Bestrebungen hinsichtlich einer Definition . . . . .	7
a. Ansätze in den USA . . . . .	7
b. Ansätze in Europa . . . . .	8
c. Ansätze in Australien . . . . .	9
d. Stellungnahme . . . . .	9
3. Verankerung im Kartellrecht . . . . .	11
a. Tatbestandselement und negative Begriffserfassung . . . . .	11
b. Negative Begriffserfassung durch eine »große Generalklausel«? . . . . .	12
II. Wesen des Wettbewerbs im Wirtschaftsverkehr . . . . .	13
1. Erwünschte Funktionen des Wettbewerbs . . . . .	13
2. Wettbewerbstheoretische Idealbilder . . . . .	14
a. Liberale Wettbewerbsansätze . . . . .	14
aa. Klassischer Ansatz vom freien Wettbewerb . . . . .	14
bb. Neoklassischer Ansatz vom vollkommenen Wettbewerb . . . . .	15
b. Workability-Ansätze . . . . .	16
aa. Modell des statischen »workable competition« . . . . .	16
bb. Ansatz vom dynamischen »workable competition« . . . . .	17
cc. Variante des wirksamen Wettbewerbs . . . . .	18
c. Neoliberale Ansätze der Wettbewerbstheorie . . . . .	18
aa. Ordoliberaler Wettbewerbsansatz . . . . .	18
bb. Neuklassischer Ansatz der Wettbewerbsfreiheit . . . . .	19
cc. Neoliberaler Ansatz vom Wettbewerb als Mittel zum Zweck . . . . .	20
(1) Grundannahmen der <i>Chicago School</i> . . . . .	20
(2) Modifizierung durch die <i>Post-Chicago School</i> . . . . .	21
(3) Begriffliche und inhaltliche Zweifel am »more economic approach« . . . . .	22
d. Zwischenergebnis . . . . .	23

B.	<i>Rechtsvergleichende Untersuchung der wettbewerbspolitischen Ziele der USA, der EU und Australiens unter Würdigung des Sec. 2 Sherman Act, Art. 102 AEUV und Sec. 46 CCA</i> . . . . .	23
I.	Normative Prämissen bei der Durchsetzung des Sec. 2 Sherman Act . . . . .	24
	1. Intention des Gesetzgebers in den USA im Jahr 1890 . . . . .	24
	a. Uneinigkeit der Senatoren . . . . .	24
	b. Historischer Zweck des Sec. 2 Sherman Act . . . . .	26
	c. Schlussfolgerung . . . . .	27
	2. Strukturorientierter Ansatz im Antitrust Law der USA . . . . .	27
	a. Inhalt . . . . .	27
	b. Stellungnahme . . . . .	28
	aa. Schutz der Wettbewerber statt des Wettbewerbs . . . . .	28
	bb. Tendenz zur Interventionspolitik . . . . .	29
	cc. Konzeptionelle Lücken und Effizienzen . . . . .	29
	3. Wohlfahrtsorientierter Ansatz im Antitrust Law der USA . . . . .	30
	a. Inhalt . . . . .	30
	b. Stellungnahme . . . . .	32
	aa. Ökonomische Absicherung kartellrechtlicher Entscheidungen . . . . .	32
	bb. Das Problem der Messbarkeit von dynamischen Effizienzen . . . . .	32
	cc. Wettbewerb als notwendiges Zwischenziel . . . . .	33
II.	Normative Prämissen bei der Durchsetzung des Art. 102 AEUV . . . . .	34
	1. Intention der sechs EG-Mitgliedsstaaten im Jahr 1957 . . . . .	34
	a. Vielseitigkeit der Gesetzesmaterialien zum EWG-Vertrag . . . . .	34
	b. Historischer Zweck des Art. 102 AEUV . . . . .	35
	c. Schlussfolgerung . . . . .	36
	2. Strukturorientierter Ansatz im europäischen Kartellrecht . . . . .	37
	a. Inhalt . . . . .	37
	b. Stellungnahme . . . . .	39
	aa. Punktueller Eingriff in die Wettbewerbsfreiheit . . . . .	39
	bb. Mittelbarer Schutz der Wettbewerber und der Verbraucher . . . . .	40
	3. Wohlfahrtsorientierter Ansatz im europäischen Kartellrecht . . . . .	41
	a. Inhalt . . . . .	41
	b. Stellungnahme . . . . .	43
	aa. Ökonomische Rationalität und ihre Gefahren . . . . .	43
	bb. Systematisches Rechtsverständnis . . . . .	43
	cc. Fehlende Verankerung im Gesetz . . . . .	44
	dd. Das Problem des Umfangs der erforderlichen Effizienzen . . . . .	44
	ee. Vernachlässigung dynamischer Effizienzen . . . . .	45
	ff. Das Beispiel des Parallelhandels im Arzneimittelsektor . . . . .	46
	4. Schlussbetrachtung . . . . .	47
III.	Normative Prämissen bei der Durchsetzung des Sec. 46 CCA . . . . .	48
	1. Intention des australischen Gesetzgebers im Jahr 1974 . . . . .	48
	a. Das Verbot in Sec. 7 des <i>Australian Industrial Act 1906 (Cth)</i> . . . . .	48
	b. Bezugnahme auf die Entwicklung in Europa . . . . .	49
	c. Schutz vor monopolistischen Marktpraktiken . . . . .	50
	d. Zwischenfazit . . . . .	51
	2. Modifizierter Strukturansatz im australischen Kartellrecht . . . . .	51
	a. Inhalt . . . . .	51
	b. Stellungnahme . . . . .	53
	aa. Abstellen auf eine nur hypothetische Marktform . . . . .	53
	bb. Das Problem der Regelung in Sec. 46 (1AA) CCA . . . . .	53

cc. Dualistischer Ansatz zur Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik . . . . .	54
C. Zusammenfassung . . . . .	55
<b>Kapitel 2 Die Rechtsgrundlagen – Parallelen und Unterschiede zwischen Sec. 2 Sherman Act, Art. 102 AEUV und Sec. 46 CCA . . . . .</b>	<b>59</b>
A. Einführung . . . . .	59
B. Rechtsvergleichende Analyse zur Struktur der Verbote in Sec. 2 Sherman Act, Art. 102 AEUV und Sec. 46 CCA . . . . .	60
I. Dreigliedrige Normstruktur des Sec. 2 Sherman Act . . . . .	60
II. Systematik und gesetzliche Konkretisierung des Art. 102 AEUV . . . . .	61
III. Konzeption und nachträgliche »Modellierung« des Sec. 46 CCA . . . . .	62
IV. Stellungnahme . . . . .	62
C. Rechtsvergleichende Analyse zum Kreis des Normadressaten . . . . .	65
I. Reichweite des Adressatenkreises bei Sec. 2 Sherman Act . . . . .	65
II. Funktionaler Unternehmensbegriff in Art. 102 AEUV . . . . .	66
III. Nachträgliche Erweiterung des Normadressaten nach Sec. 46 CCA . . . . .	68
IV. Zwischenergebnis . . . . .	68
D. Rechtsvergleichende Analyse der tatbestandlichen Kernmerkmale . . . . .	68
I. Strukturorientiertes Tatbestandsmerkmal . . . . .	69
1. Bestimmung von »monopoly power« nach Sec. 2 Sherman Act . . . . .	69
a. Begriff des »monopoly power« . . . . .	69
b. Abgrenzung des relevanten Marktes . . . . .	70
c. Ermittlung eines »monopoly power« . . . . .	72
2. Bestimmung der Marktbeherrschung nach Art. 102 AEUV . . . . .	73
a. Begriff der Marktbeherrschung . . . . .	73
b. Abgrenzung des relevanten Marktes . . . . .	74
c. Ermittlung einer Marktbeherrschung . . . . .	76
3. Bestimmung des »substantial market power« nach Sec. 46 CCA . . . . .	77
a. Begriff des »substantial market power« . . . . .	77
b. Abgrenzung des relevanten Marktes . . . . .	78
c. Ermittlung eines »substantial market power« . . . . .	79
4. Zwischenergebnis . . . . .	80
II. Verhaltensorientiertes Tatbestandsmerkmal . . . . .	80
1. Konzept der Monopolisierung nach Sec. 2 Sherman Act . . . . .	81
a. Inhalt einer Marktmonopolisierung . . . . .	81
aa. Begriff . . . . .	81
bb. Formen der Monopolisierung . . . . .	81
b. Identifizierung einer Monopolisierung nach Sec. 2 Sherman Act . . . . .	82
aa. Keine bloße Vermutung einer unzulässigen Monopolisierung . . . . .	83
bb. Fehlen eines einheitlichen Beurteilungsmaßstabes . . . . .	84
(1) Formorientierte Analyseansätze und deren Grenzen . . . . .	84
(2) Wirkungsorientierte Analyseansätze und deren Grenzen . . . . .	86
(3) Schlussfolgerung und der »actual effects-based approach« . . . . .	87
cc. Kausalität zwischen Marktstruktur, -verhalten und -auswirkung . . . . .	88
dd. Relevanz des Vorsatzes bei der vollendeten Monopolisierung . . . . .	89
(1) Das Erfordernis des Vorsatzes in strafrechtlichen Kartellverfahren . . . . .	89
(2) Das Problem des Vorsatzes in zivilrechtlichen Kartellverfahren . . . . .	91
2. Konzept des Missbrauchs nach Art. 102 AEUV . . . . .	92

a.	Inhalt eines Marktmachtmissbrauchs . . . . .	92
aa.	Begriff . . . . .	92
bb.	Formen missbräuchlichen Verhaltens . . . . .	93
(1)	Preisbezogene Behinderungsstrategien außerhalb der Regelbeispiele . . . . .	94
(a)	Treue- und Zielrabatte . . . . .	94
(b)	Kampfpreisunterbietungen . . . . .	96
(c)	Kosten-Preis-Schere . . . . .	97
(2)	Preishöhenmissbrauch . . . . .	98
(3)	Strukturmissbrauch . . . . .	100
b.	Identifizierung eines Missbrauchs nach Art. 102 AEUV . . . . .	101
aa.	Fehlen eines einheitlichen Beurteilungsmaßstabes . . . . .	101
(1)	Ansätze zur Verhaltensanalyse und deren Grenzen . . . . .	101
(2)	Schlussfolgerung und der »likely effects-based approach« . . . . .	102
bb.	Kausalität zwischen Missbrauch und Marktauswirkung . . . . .	103
cc.	Relevanz des Missbrauchszwecks bei der Verhaltensanalyse . . . . .	104
3.	Konzept des »taking advantage of« nach Sec. 46 CCA . . . . .	105
a.	Inhalt eines unzulässigen »taking advantage of« . . . . .	105
aa.	Begriff . . . . .	105
bb.	Formen der Behinderung . . . . .	106
b.	Identifizierung eines »taking advantage of« nach Sec. 46 CCA . . . . .	106
aa.	Alternative Tests zur Verhaltensanalyse . . . . .	106
(1)	Der dominierende »counterfactual-test« . . . . .	106
(2)	Der ergänzende »materially facilitated-test« . . . . .	107
(3)	Das Problem des Maßstabes in Sec. 46 (6A) (d) CCA . . . . .	108
(4)	Kritik an ökonomischen Verhaltensmaßstäben . . . . .	108
(5)	Defizite eines zweckorientierten Verhaltensmaßstabes . . . . .	109
bb.	Das Problem der Kausalität nach Sec. 46 (6A) CCA . . . . .	110
cc.	Relevanz des Vorsatzes bei der Verhaltensanalyse . . . . .	111
4.	Zwischenergebnis . . . . .	111
III.	Bedeutung des »Zweckelements« in Sec. 46 CCA . . . . .	112
1.	Der verbotene Zweck gemäß Sec. 46 (1) (a) – (c) CCA . . . . .	112
2.	Abgrenzung zum »effects-based approach« . . . . .	113
E.	Verteidigungsmittel der betroffenen Unternehmen . . . . .	114
I.	Begriff und rechtliche Einordnung der defence im Kartellrecht . . . . .	114
II.	Objektive Rechtfertigung bei Sec. 2 Sherman Act . . . . .	115
1.	Überlegene Marktfähigkeit . . . . .	115
2.	Legitime Geschäftsgründe . . . . .	115
3.	Die Bedeutung der Effizienzeinrede bei Sec. 2 Sherman Act . . . . .	116
III.	Objektive Rechtfertigung bei Art. 102 AEUV . . . . .	117
1.	Die »objective necessity defence« und legitime Geschäftsgründe . . . . .	117
2.	Grenzen der »meeting competition defence« . . . . .	119
3.	Das Problem der Effizienzeinrede bei Art. 102 AEUV . . . . .	119
IV.	Objektive Rechtfertigung bei Sec. 46 CCA . . . . .	121
1.	Legitime Geschäftsinteressen . . . . .	122
2.	Geringe Chancen der »meeting competition defence« . . . . .	122
3.	Das Problem der Effizienzwürdigung bei Sec. 46 CCA . . . . .	123
4.	Grenzen der »reasonable excuse defence« in Sec. 85 CCA . . . . .	123
V.	Zwischenergebnis . . . . .	124

F.	Die Rechtsfolgen beim Verstoß gegen Sec. 2 Sherman Act, Art. 102 AEUV und Sec. 46 CCA . . . . .	125
I.	Durchsetzung des Sec. 2 Sherman Act . . . . .	125
	1. Gerichtliches Verfahrenssystem . . . . .	125
	2. Strafrechtliche Sanktionen per Gerichtsentscheidung . . . . .	125
	a. Das Problem der Mehrfachsanktionierung . . . . .	126
	b. Leitmaxime der strafrechtlichen Unternehmenshaftung in den USA . . . . .	126
	aa. Das verwässerte <i>mens rea</i> -Prinzip im Strafrecht der USA . . . . .	126
	bb. Rechtspraktische Erwägungen zur Verbandsstrafe in den USA . . . . .	128
	c. Das Problem der strafrechtlichen Verbandsverantwortlichkeit . . . . .	129
	aa. Fremdzurechnung individuellen Verhaltens und Verschuldens . . . . .	129
	bb. Stellungnahme . . . . .	131
	(1) Fehlender Verschuldensnachweis und Zurechnungsunterbrechung . . . . .	131
	(2) Ergebnisorientierte Lösung der Rechtsprechung . . . . .	131
	cc. Zwischenergebnis . . . . .	132
	3. Zivilrechtliche Folgen beim Verstoß gegen Sec. 2 Sherman Act . . . . .	133
	a. Befugnisse der Antitrustbehörden . . . . .	133
	b. Privatrechtliche Ansprüche . . . . .	133
	aa. Herleitung . . . . .	133
	bb. Bedeutung des <i>dreifachen</i> Schadensersatzes . . . . .	135
	(1) Sinn und Zweck . . . . .	135
	(2) Stellungnahme . . . . .	136
	cc. Zivilrechtliche Unternehmenshaftung . . . . .	137
	4. Zwischenergebnis . . . . .	138
II.	Durchsetzung des Art. 102 AEUV . . . . .	138
	1. Administratives Verfahrenssystem . . . . .	138
	2. Verwaltungsrechtliche Sanktionen durch die Kartellbehörden . . . . .	139
	a. Kritik an der blankettartigen Bußgeldbemessung . . . . .	139
	b. Das Problem der mehrfachen Kartellbeußerung . . . . .	140
	c. Leitmaxime der Unternehmenshaftung im Kartellbußenrecht . . . . .	140
	aa. Das »europäische Verschuldensprinzip« im Kartellrecht . . . . .	140
	bb. Bedeutung der Unschuldsvermutung aus Sicht des EuGH . . . . .	142
	cc. Effektivität der Durchsetzung des Kartellrechts als Leitmotiv . . . . .	144
	d. Rechtsnatur und Funktionen der europäischen Kartellbuße . . . . .	144
	e. Verantwortlichkeit von Unternehmen im Kartellbußenrecht . . . . .	147
	aa. Fremdzurechnung des Verschuldens . . . . .	147
	bb. Fehlen klarer Zurechnungskriterien . . . . .	148
	cc. Indirekter Rückgriff auf das Organisationsverschulden? . . . . .	149
	dd. Grenzen von Compliance-Bemühungen . . . . .	149
	f. Das Problem der »mittelbaren Täterschaft« im Kartellbußenrecht . . . . .	150
	aa. Begründung der Mithaftung über die »wirtschaftliche Einheit« . . . . .	150
	(1) Auslegung des Konzepts der »wirtschaftlichen Einheit« . . . . .	151
	(2) Extensive Interpretation der faktischen Einflussnahme . . . . .	151
	(3) Faktische Zustandshaftung . . . . .	153
	(4) Zwischenergebnis . . . . .	155
	bb. Mögliche Lösungswege de lege ferenda . . . . .	155
	(1) Normierung von »Täterschaft und Teilnahme« . . . . .	155
	(2) Extensiver Einheitstäterbegriff . . . . .	155
	g. Faktische Verletzung des fairen Verfahrens . . . . .	157
	aa. Das Problem der institutionellen Einheit der Untersuchungs- und Entscheidungsbehörde . . . . .	157

bb.	Geringer Nutzen einer zweigeteilten Kartellbehörde	158
cc.	Chancen eines gerichtlichen Verfahrenssystems in Europa?	158
(1)	Mögliche Rahmenbedingungen	158
(2)	Kritik und Stellungnahme	159
3.	Privatrechtliche Ansprüche der Bürger	161
a.	Parallelen und Abweichungen zum Antitrust Law der USA	161
b.	Fehlende Effektivität des privaten Kartellrechtsvollzugs?	161
III.	Durchsetzung des Sec. 46 CCA	162
1.	Gerichtliches Verfahrenssystem	162
2.	Zivilrechtliche Sanktionen und die Befugnisse der ACCC	162
a.	Rechtsnatur und Zweck der »pecuniary penalties«	163
b.	Verbandsverantwortlichkeit im australischen Kartellrecht	164
c.	Kartellrechtliche Verbandshaftung bei »mehreren Tätern«	165
3.	Zivilrechtliche Ansprüche Privater beim Verstoß gegen Sec. 46 CCA	166
a.	Vergleich zur Rechtslage in den USA und der Europäischen Union	166
b.	Verhältnis privater Ansprüche zu »pecuniary penalties«	166
4.	Bedeutung strafrecht- und »verwaltungsrechtlicher« Maßnahmen	167
G.	Zusammenfassende Würdigung	168
<b>Kapitel 3 Die Durchsetzung des Sec. 2 Sherman Act, Art. 102 AEUV und Sec. 46 CCA am Beispiel der Fallgruppe einseitiger Lieferverweigerungen</b>		
171		
A.	Einleitung	171
B.	Rechtsvergleichende Analyse der Beurteilung eines »refusal to deal« nach Sec. 2 Sherman Act, Art. 102 AEUV und Sec. 46 CCA	172
I.	Grenzen bei der Durchsetzung des Sec. 2 Sherman Act	172
1.	Privatautonomie als übergeordnete Maxime	172
2.	Einschränkung der Colgate-Doktrin	173
3.	Trend zur engen Durchsetzung des Sec. 2 Sherman Act	174
a.	Ökonomische Zweifel an der »monopoly leveraging theory«	174
b.	Leitgedanken bei der Beurteilung von »essential facilities«	175
aa.	Die Rechtsfigur der »essential facilities doctrine«	175
(1)	Rahmenbedingungen	175
(2)	Deutliche Distanzierung von der »essential facilities doctrine« durch den Supreme Court	177
(3)	Kritik an der amerikanischen »essential facilities doctrine«	177
bb.	Der weite <i>Aspen Skiing</i> -Ansatz	178
cc.	Bedeutung des Sec. 2 Sherman Act in regulierten Märkten	179
(1)	Anwendung in regulierten, engen Oligopolmärkten	179
(2)	Trendwende nach der <i>Trinko</i> -Rechtsprechung	180
(a)	Faktische Verdrängung des Kartellrechts?	180
(b)	Kritik am <i>Trinko</i> -Ansatz	182
(c)	Folgen für sonstige regulierte Märkte	183
dd.	Bedeutung des <i>Trinko</i> -Ansatzes für nicht regulierte Märkte	184
(1)	Das Problem der Festsetzung angemessener Zugangsbedingungen	185
(2)	Potentieller Rückgriff auf den <i>Aspen Skiing</i> -Ansatz	186
ee.	Faktische Immunität geistiger Eigentumsrechte	187
4.	Relevanz legitimer Geschäftsgründe	188
5.	Zwischenergebnis	189
II.	Grenzen bei der Durchsetzung des Art. 102 AEUV	190

1. Klassische Grundannahmen zum Marktmachttransfer . . . . .	190
2. Spürbare Wettbewerbsbeeinträchtigung auf dem Sekundärmarkt . . . . .	191
3. Tendenz zur »scharfen« Durchsetzung des Art. 102 AEUV . . . . .	192
a. Leitgedanken bei der Beurteilung von »essential facilities« . . . . .	192
aa. Gegenstand eines kartellrechtlichen Zugangsanspruchs . . . . .	192
bb. Kriterien bei der Verweigerung der Geschäftsaufnahme . . . . .	194
(1) Die Unschärfe der <i>Magill</i> -Grundannahmen . . . . .	194
(2) Einschränkung durch das <i>Bronner</i> -Kriterium der Unentbehrlichkeit . . . . .	194
(3) Die <i>IMS Health</i> -Fiktion zur Ermittlung einer Marktabschottung . . . . .	196
(4) Das Problem des Neuheitskriteriums bei der Lizenzverweigerung . . . . .	197
(a) Privilegierung geistiger Eigentumsrechte . . . . .	197
(b) Fehlende Grenzen des Neuheitskriteriums . . . . .	198
(c) Zweckmäßigkeit statt Rechtssicherheit . . . . .	200
(d) Alternative Kriterien . . . . .	201
(5) Zwischenergebnis . . . . .	202
b. Fazit unter Berücksichtigung der »essential facilities doctrine« . . . . .	203
4. Relevanz legitimer Geschäftsinteressen . . . . .	204
a. Die Einrede des Innovations- und Investitionsrückgangs . . . . .	205
b. Grenzen der Einrede »anormaler Bestellungen« . . . . .	206
c. Weitere potentielle legitime Geschäftsgründe . . . . .	207
5. Zwischenergebnis . . . . .	208
III. Grenzen bei der Durchsetzung des Sec. 46 CCA . . . . .	209
1. Bedeutung der Vertragsfreiheit . . . . .	209
2. Tendenz zur strikten Durchsetzung des Sec. 46 CCA . . . . .	210
a. Unzulässigkeit des vertikalen Marktmachttransfers . . . . .	210
b. Rückgriff auf den Rechtsfundus der USA und der EU . . . . .	211
c. Leitgedanken bei der Beurteilung von »essential facilities« . . . . .	211
aa. Das gesetzliche Zugangsregimes nach Part IIIA CCA . . . . .	211
bb. Prämissen bei der Beurteilung von »essential facilities« . . . . .	212
(1) Faktische Anerkennung der »essential facilities doctrine« . . . . .	212
(2) Anforderungen an den kartellrechtlichen Zugangsanspruch . . . . .	213
(3) Praktische Ausklammerung geistiger Eigentumsrechte . . . . .	214
cc. Vor- und Nachteile des Zugangsregimes nach Sec. 46 CCA . . . . .	214
dd. Verhältnis zwischen Sec. 46 CCA und Part IIIA CCA . . . . .	215
d. Abgrenzung zur amerikanischen <i>Trinko</i> -Rechtsprechung . . . . .	216
3. Relevanz legitimer Geschäftsinteressen . . . . .	217
a. Undurchsichtige Rechtslage zur Rolle ökonomischer Aspekte . . . . .	217
b. Weitere legitime Geschäftsgründe . . . . .	217
4. Zwischenergebnis . . . . .	218
C. Zusammenfassung und Schlussbetrachtung . . . . .	219
I. Das Problem der undurchsichtigen Begriffe . . . . .	219
II. Begründungsaufwand gemessen an der Verhältnismäßigkeit . . . . .	219
III. Risiken eines kartellrechtlichen Kontrahierungszwangs . . . . .	220
IV. Probleme bei der Innovations- und Investitionsdiagnose . . . . .	221
1. Fehlende Prognostizierbarkeit künftiger Marktentwicklungen . . . . .	221
2. Lösung mittels verhaltensökonomischer Befunde? . . . . .	222
a. Abstraktes Verhalten unternehmerischer Entscheidungsträger . . . . .	222
b. Konsequenz für die Beurteilung einseitiger Lieferverweigerungen . . . . .	223
c. Kritik und Zwischenfazit . . . . .	224
D. Ergebnis und Ausblick . . . . .	225

<b>Kapitel 4 Zusammenfassung</b> . . . . .	227
<i>A. Deutsche Fassung</i> . . . . .	227
<i>B. English Version</i> . . . . .	231
<b>Abkürzungen</b> . . . . .	235
<b>Literatur</b> . . . . .	241
<b>Sachregister</b> . . . . .	279